

Vorlage Nr. 101.16.1716

Förderprogramme Erneuerbare Energien

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung im Kasseler Rathaus kritisiert die von der Bundesregierung am 3. Mai 2010 veranlasste Einstellung der Förderprogramme für erneuerbare Energien im Gebäudebereich und den Stopp der Förderprogramme für kleine Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung sowie für Klimaschutzkonzepte für Kommunen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert:

- eine sofortige Freigabe der gesperrten Mittel durch die Bundesregierung;
- eine Aufstockung der Mittel für das so genannte Marktanzreizprogramm des Bundesamtes für Ausfuhrkontrolle (Bafa) mindestens auf das Niveau von 2009;
- eine Weiterführung des Programms für lokale Klimaschutzkonzepte.

Begründung:

Mit dem Stopp der genannten Förderprogramme zerstört die Bundesregierung eine wirtschaftlich wie ökologisch elementare Stütze der gegenwärtigen positiven Konjunktorentwicklung in Deutschland und auch in Nordhessen, das sich als Region in besonderer Weise den Herausforderungen von Klimaerwärmung und -anpassung gestellt hat.

Mit ihrem Beschluss verspielt die Bundesregierung fahrlässig das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in solche Förderungen und untergräbt die Möglichkeit, die selbst gesetzten Klimaschutzziele auch erreichen zu können.

Besonders ärgerlich für die von dieser Entscheidung betroffenen Bürgerinnen und Bürger ist, dass der Förderstopp teilweise sogar rückwirkend erfolgt, also auch bereits gestellte Anträge nicht mehr vollständig berücksichtigt werden. Da beispielsweise für Solaranlagen der Förderantrag erst nach Inbetriebnahme der Anlagen gestellt werden kann, sind die Zuschüsse bei vielen Bürgerinnen und Bürgern, die in diesem Jahr Anlagen installiert haben, fest eingeplant. Für ein Einfamilienhaus waren bisher Zuschüsse von bis zu mehreren tausend Euro möglich.

Auch das Förderprogramm zur Erstellung von Klimaschutzkonzepten für Kommunen wurde rückwirkend gestoppt. Dies betrifft auch den für die Stadt Kassel gestellten Förderantrag für ein kommunales Klimaschutzkonzept aus dem Jahr 2009. Damit unterläuft die Bundesregierung die Beschlüsse der im Klimaschutz engagierten Kommunen. Gerade die hier beauftragten Konzepte sollten die vielfältigen Möglichkeiten der Einsparung von Energie und des Umstiegs auf Erneuerbare aufzeigen und vor allem Strategien zur Implementierung entsprechender Maßnahmen in die Entscheidungsfindung der Bürgerinnen und Bürger aufzeigen. Das Vertrauen der Kommunen in die Verlässlichkeit von zukunftsorientierten Fördermaßnahmen und die

Glaubwürdigkeit der Aussagen der Bundesregierung bezüglich der Dringlichkeit einer Energiewende ist mit dem unerwarteten Stopp zerstört.

Viele Sanierungsmaßnahmen von privater Seite werden jetzt voraussichtlich zurückgestellt. Das werden die Handwerksbetriebe und die Anlagenhersteller in der Region deutlich zu spüren bekommen. Erfahrungsgemäß mobilisiert jeder Euro, der im Gebäudesanierungsbereich als Zuschuss gezahlt wird, Investitionen in Höhe von sieben bis acht Euro und sichert damit Arbeitsplätze in mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetrieben aus der Region. Die Förderprogramme sind eine wesentliche Konjunkturstütze insbesondere für kleine und mittelständische Betriebe sowie eine neue und bedeutsame Wirtschaftsbranche, die zugleich das Erreichen der Klimaschutzziele effektiv unterstützt. Diese erhebliche wirtschaftliche und ökologische Bedeutung wird von der schwarz-gelben Bundesregierung mit dem Förderstopp nicht nur ignoriert, sondern auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politische Zuverlässigkeit wird leichtfertig verspielt.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Weber

Uwe Frankenberger, MdL
Fraktionsvorsitzender SPD

Gernot Rönz
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

Norbert Domes
Fraktion Kasseler Linke.ASG